

Desinformation – Darf Lügen verboten werden?

Prof. Dr. Matthias C. Kettemann, LL.M. (Harvard)

Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, Universität Innsbruck
Leibniz-Institut für Medienforschung Hans-Bredow-Institut, Hamburg
Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin

Richtervereinigung: Grundrechtstag 2023
Umbruch – Über Glaube, Meinung und Fakten in ungewissen Zeiten
Universität Graz, 28. und 29. September 2023



Converse

Images

Videos

News

Shopping

Books

Maps

Flights

Finance

All filters

Tools

See results about



The Tank Man
Photograph by Stuart Franklin



Get an AI-powered overview for this search?

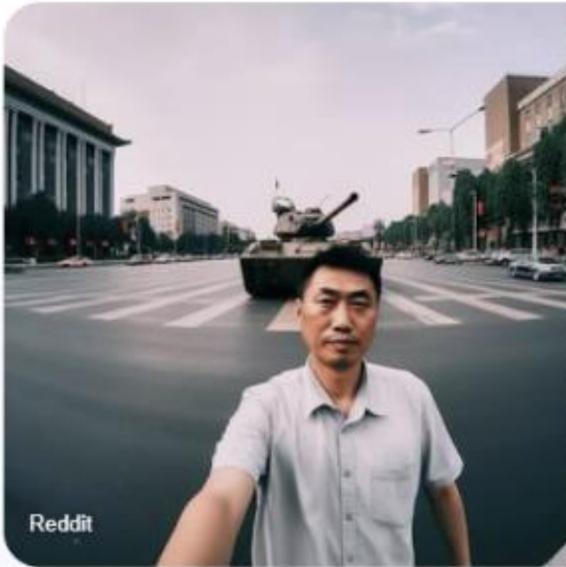
Generate

Tank Man

Chinese protester

Overview

Videos



Reddit



Britannica

Tank Man | Significance, Photo, China, & Identity | Britannica

Tank Man, unidentified Chinese man who on June 5, 1989, faced down a column of...

3 weeks ago

Movies

Nationality

Tank Man

Chinese



YouTube • CBS News

1:38 NEWS

Jun 5, 2023



Wikipedia Tank Man - Wikipedia



Spiegel "Tank Man" auf Tiananmen-Platz: Fotograf...



www.history.com Who Was the Tank Man of Tiananmen Square?...



Getty Images 83 Tiananmen Square Tank Man B...



404 Media First Google Search Res...



USA Today Tiananmen Square: ...



RTE RTE Famed 'Tank Man' photo vanishes from Bin...



Dieses Foto von Donald Trump umzingelt von Polizisten ist nicht echt. Ein Journalist hat es mit einer KI-Software erstellt. (Quelle: Eliot Higgins / Twitter; Collage: CORRECTIV.Faktencheck)

KLIMA-SCHWINDEL



VERHEEREND

Irrer Plan könnte Menschheit ausrotten: Biden will Erde verdunkeln



ALPTRAUM

Globale Klima-Diktatur: NGOs und Experten planen Sozialkredit-System durch CO2 Karte

Fake News aus Oberösterreich

Das russlandfreundliche Portal AUF1 mit Sitz in Linz fällt regelmäßig mit irren Verschwörungsmmythen und Falschinfos auf. Im AUF1-Shop können sich verängstigte Leser für den Weltuntergang vorbereiten: Dort werden Notstromaggregate und Dosennahrung verkauft.

Leaders | AI voted

How worried should you be about AI disrupting elections?

Disinformation will become easier to produce, but it matters less than you might think



Aug 31st 2023

Share

The Transformative Role of AI in Reshaping Electoral Politics

Dr. Katja Muñoz

Germany is increasingly caught up in the global competition between autocratic and democratic systems – including how both sides are instrumentalizing leadership in technology. Thus, Germany has supported the EU's attempt to become a regulatory superpower, ensuring that high, liberal standards are applied to fields such as generative AI. As governments digitalize their services and AI increasingly shapes the electoral process, European policymakers need to realize that trust in new technologies is essential to political legitimacy. Given the decisive elections that will be held worldwide in 2024, they must act to maintain this trust.

upgrade
democracy



Cathleen Berger, Charlotte Freihse, Katharina Mosene, Matthias C. Kettemann, Vincent Hofmann

Bedrohungen für die Demokratie: Klima-Fehlinformationen und geschlechtsspezifische Desinformation

Impulse #

26.07.2023

BertelsmannStiftung



DE



STARTSEITE



KAI UNZICKER

Desinformation: Herausforderung für die Demokratie

Einstellungen und Wahrnehmungen in Europa

Download

upgrade
democracy



Cathleen Berger, Charlotte Freihse, Matthias C. Kettemann, Katharina Mosene, Vincent Hofmann

EU-Wahlen 2024: Wie wir resilienter gegen Desinformationskampagnen auf sozialen Plattformen werden

Impulse #

28.08.2023

INFORMATIONSVERHALTEN WAHLEN UND DESINFORMATION 2023

Zentrale Untersuchungsergebnisse

Auftraggeberin: Landesanstalt für Medien NRW

17.08.2023

3-Punkte-Plan gegen Fake News und Desinformation (2143/A(E))



STATUS

Zugewiesen an: [Verfassungsausschuss](#). Beratungen noch nicht aufgenommen



Gegenstand exportieren 



5-Punkte-Plan gegen Fake News und Desinformation (2751/A(E))

STATUS

Verfassungsausschuss: auf [Tagesordnung](#) in der [23. Sitzung des Ausschusses](#)



In der Sitzung vom 19. April 2023 vertagt.

The Future of Fact Checking



Donnerstag, 28.09.2023, 13:30 bis 18:15 Uhr

Einlass: 13:00 Uhr

Details siehe [Programm](#)



Novum, Lerchenfelder Straße 35,
1070 Wien und digital

The Future of Fact Check- ing



Richard Gray / PA / picturedisk.com



Google



KommAustria
Kommunikationsbehörde Austria



DESINFORMATION

Staatsschutz fordert Strafen für Fake News



Paragraf gegen Desinformation

Was also tun? Aus Sicht der DSN ist die Sache klar. Im Gespräch mit profil fordert der Staatsschutz erstmals, Fake News unter Strafe zu stellen. Das Argument: „Desinformation ist ein gängiges ‚Werkzeug‘ zur Einflussnahme und durch die Nicht-Strafbarkeit fehlt die Handhabe zu Gegenmaßnahmen. Ein Paragraph könnte hier starke primärpräventive Erfolge verzeichnen, da die Streuung dieser Narrative verhindert werden kann und somit auch eine Beeinflussung der Bevölkerung. Akteurinnen und Akteure können so für ihre Desinformation und vor allem den daraus resultierenden Konsequenzen zur Verantwortung gezogen werden. Wichtig ist, dass der Paragraph auch eindeutig darauf eingeht, dass die Konsequenzen, welche aus Desinformation resultieren, im Speziellen gefährlich sein können.“ Als Beispiel führt die DSN den Sturm auf das Kapitol in den USA an, dem die Falschbehauptung vorangegangen war, die US-Präsidentschaftswahl 2020 sei manipuliert worden.

Die Forderung ist heikel. Ein Fake-News-Paragraf wäre ein mächtiges Instrument für die Ermittlungsbehörden und könnte im Extremfall die Meinungsfreiheit beschneiden. Kritik an dem Paragraphen baut die DSN vor: „Natürlich schließen wir mit einem Paragraphen nicht die russischen Trollfabriken, aber können so gegen die in Österreich ansässigen Individuen, welche im Zweifelsfall viel mehr direkten Einfluss durch ihre Desinformation ausüben, aktive Maßnahmen einleiten.“

Als Fake News strafbar waren

Einen Tatbestand, wie ihn sich die DSN wünscht, gab es in Österreich bereits. Die „Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte“ war laut Paragraph 276 des Strafgesetzbuches mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht. Der Tatbestand wurde 2015 abgeschafft, weil es davor über ein Jahrzehnt zur keiner Verurteilung mehr gekommen war.

Das war allerdings vor Corona – und dem Ukraine-Krieg.

Ergänzung

Dieser profil-Artikel löste kritische Reaktionen aus, weil die Forderung eines Fake-News-Paragrafen umstritten ist. Die Chronologie: Von der Pressestelle der DSN wurden profil zunächst alle im Artikel angeführten Zitate schriftlich freigegeben. Die Aussagen des DSN-Beamten waren also autorisiert. Darunter auch die Idee eines eigenen Paragrafen gegen Fake News. In Reaktion auf den profil-Artikel ruderte das Innenministerium zurück: Seitens der DSN gebe es doch "keine Forderung, Fake News unter Strafe zu stellen". Auf [Anfrage des "Standard"](#) präzisierte der DSN-Chef Omar Haijawi-Pirchner seine Position: Es gehe darum, Falschnachrichten im Netz besser überwachen zu können. Derzeit sei es nicht möglich, Fake News im Vorfeld zu untersuchen, da es keinen Paragrafen im Strafrecht gebe, der der DSN eine solche Verfolgung ermögliche. Eine Bestrafung wolle man aber definitiv nicht, da es "schwer mit der freien Meinungsäußerung" in Einklang zu bringen sei, sagt Haijawi-Pirchner. Welche Gesetzesänderung dem DSN-Chef konkret vorschwebt, geht aus diesem Statement nicht hervor.

Inhalt



1. Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation
2. Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?
3. Wie reagieren wir bisher?
4. Was sagt die Empirie?
5. Wie können wir es besser machen?
6. Fazit



1. **Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation**
2. Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?
3. Wie reagieren wir bisher?
4. Was sagt die Empirie?
5. Wie können wir es besser machen?
6. Fazit

Fake News bei Vergil

...

Fama, malum qua non aliud velocius ullum ...

Monstrum horrendum, ingens, ...

tam ficti praviq̄ue tenax, quam nuntia veri.

Vergil, Aeneis IV, 173



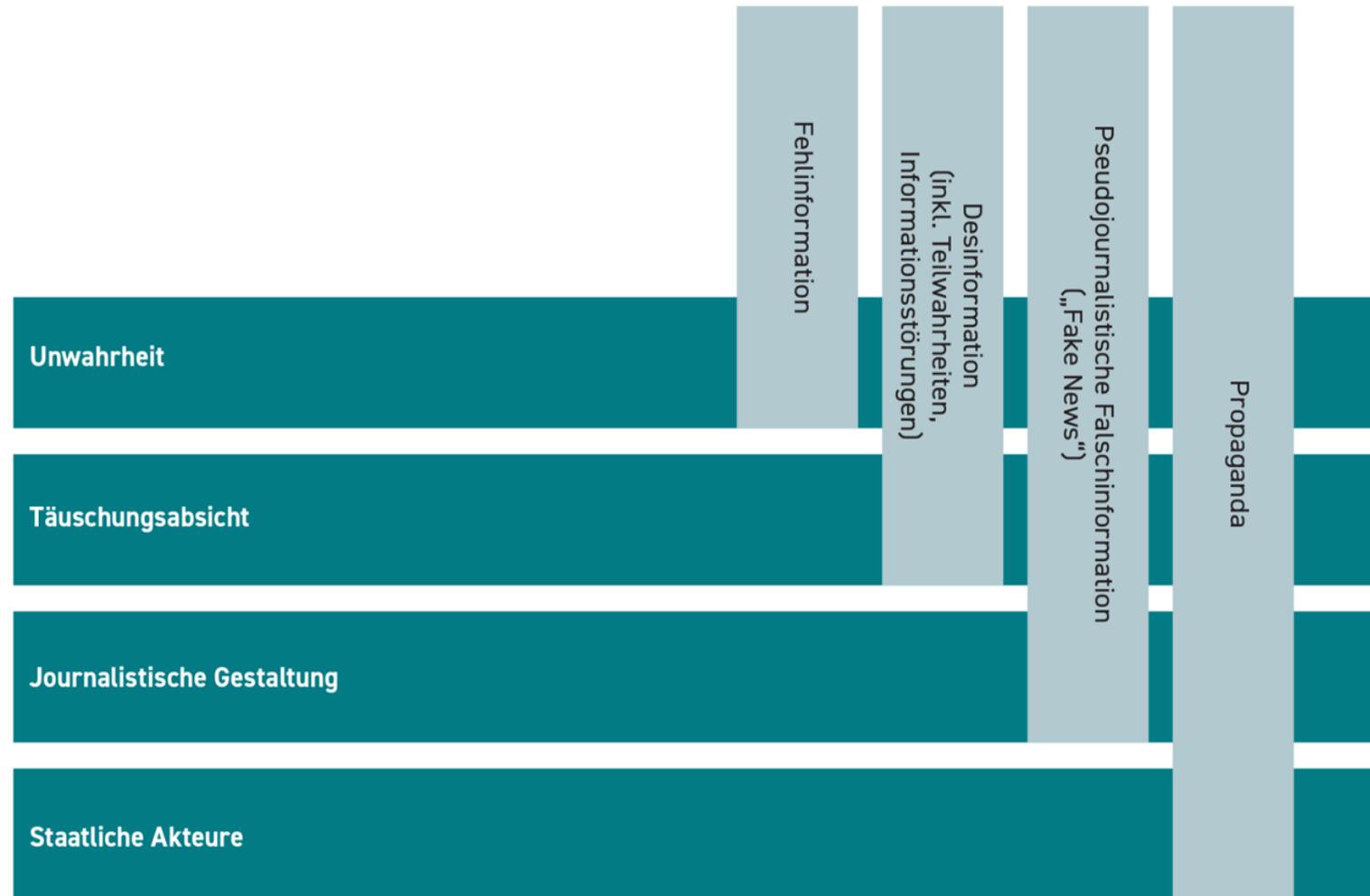
auctor. I Se se attol. i
auras. S. Ostendit neq̄
hūliorib⁹: neq̄ maiorib⁹
illā parere. m Ingre
diturq̄i folo. S. nec hūili

Ex templo lybię magnas it fama per vrbes:

Fama malum: quo non aliud velocius vllum

pore plu. S. Non ip̄i: sed
omniū: Est enim exagge
ratio: ac si diceret: q̄t sunt
arene. t Oculi subter:
S. aduēbū: ac si diceret:

Abbildung 2: Teilmengen der Begriffsverständnisse „problematischer Informationen“



Quelle: Dreyer/Stanciu/Potthast/Schulz, Desinformation: Risiken, Regulierungslücken und adäquate Gegenmaßnahmen. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW.

Was ist Desinformation?

rechtswissenschaftliche Begriffsdefinition: Desinformation beschreibt Äußerungen,

- deren Wahrheit mit guten Gründen angezweifelt werden kann,
- die niedrigschwellig (weiter-)verbreitbar sind,
- die durch die Person des Äußernden oder ihre Gestaltung aus Sicht eines objektiven Empfängers einen besonderen Wahrheitsgehalt beanspruchen und
- Schutzrechte und -güter beeinträchtigen

Quelle: Dreyer/Stanciu/Potthast/Schulz, Desinformation: Risiken, Regulierungslücken und adäquate Gegenmaßnahmen. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW.

Desinformation kann auch Teil von Völkermord sein



INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

[Home](#) [Contact](#) [FAQ](#) [Employment](#) [Sitemap](#)

Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (The Gambia v. Myanmar)

LATEST DEVELOPMENTS



[World](#) [Business](#) [Markets](#) [Sustainability](#) [Legal](#) [More](#)

Asia Pacific

U.N. investigator says Facebook provided vast amount of Myanmar war crimes information

Reuters

September 12, 2022 10:56 PM GMT+2 · Updated a year ago



Was ist Desinformation nicht: Satire

DiETAGESPRESSE POLITIK LEBEN WELT SPORT REDAKTION



POLITIK

Nach Taliban-Besuch: FPÖ enthüllt neue Wahlplakate

26. September 2023

Der Besuch prominenter FPÖ-Mitglieder bei den Taliban in Afghanistan war nur der Anfang. Offenbar unternimmt die freiheitliche Partei eine radikale...



Inhalt



1. Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation
2. **Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?**
3. Wie reagieren wir bisher?
4. Was sagt die Empirie?
5. Wie können wir es besser machen?
6. Fazit

Individualbezogene Risikopotenziale

- Beeinträchtigung der individuellen Autonomie
- Freiheitlichkeit der politischen Willens- und Meinungsbildung
- Wahlfreiheit
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht
- Recht auf unbeeinträchtigte Persönlichkeitsentwicklung
- Leib, Leben, Gesundheit

Gesellschaftsbezogene Risikopotenziale

- Freiheitlichkeit der öffentlichen Meinungsbildung
- Kommunikative Chancengerechtigkeit
- Meinungsvielfalt
- Demokratische Willensbildung
- Vertrauen in demokratische Institutionen
- Gesellschaftliche Realitätskonstruktion durch geteiltes Weltwissen
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Inhalt



1. Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation
2. Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?
3. **Wie reagieren wir bisher?**
4. Was sagt die Empirie?
5. Wie können wir es besser machen?
6. Fazit

Aktuelle Artikel

Desinformationsbericht



Das Desinformations-Liebeslied des Kremls an Nordkorea

Der Kreml versucht, das Gleichgewicht zu halten, und lobt Nordkorea, möchte dabei aber nicht zu hilfsbedürftig erscheinen, da Kim Jong-Uns Besuch eine Ablenkung von Russlands selbstverschuldeten Problemen darstellt.

Jetzt diesen Artikel anhi

Neuigkeiten und Analysen



Desinformationsangriffe auf Staatsbedienstete und öffentliche Institutionen

Es gibt eine neue Welle von Desinformationsangriffen auf Staatsbedienstete und öffentliche Institutionen. Dieses Mal stammen diese Angriffe nicht ausschließlich aus Russland, sondern auch das belarussische Regime ist involviert.

Maßnahmen der EU

- **Mitteilung** „Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäischer Ansatz ist eine Sammlung von Instrumenten zur Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation und zur Gewährleistung des Schutzes der Werte der EU (2017)
- **Aktionsplan** zur Bekämpfung von Desinformation (2018)
- Europäischer Aktionsplan für Demokratie mit Leitlinien für Verpflichtungen und Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation
- **Verhaltenskodex** für Desinformation von 2018 (Selbstregulierungsstandards zur Bekämpfung von Desinformation)
- 2021: COVID-19-**Desinformationsüberwachungsprogramm**
- Gründung von EDMO als **Desinformations-Observatorium**
- 16. Juni 2022: **Verstärkter Verhaltenskodex** (Code of Conduct)

Zwischen “Soft-Law” und Hard Law

Verstärkter Verhaltenskodex zum Umgang mit Desinformation (2022):

- basiert auf Verhaltenskodex von 2018
- erfasst Maßnahmen zur Transparenz von Werbeanzeigen und Demonetarisierung von Desinformation
- insbesondere politische Werbung muss als solche gekennzeichnet werden
- Unterzeichner sollen gegen manipulative Verhaltensweisen von KI-Systemen vorgehen
- Stärkung der Medienkompetenz sowie Kennzeichnung von Desinformation
- Stärkung der Forschung und Faktenprüfer:innen durch datenschutzkonformen Zugang zu Plattformdaten
- Aus “soft” wird “hard law” DSA: Möglichkeit der Verpflichtung von Unternehmen an der Mitarbeit der Kodizes als Risikominderungsmaßnahme Art. 35 Abs. 1 lit. h) DSA

Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act)

- enthält abgestufte Transparenzpflichten und Risikoabschätzungspflichten für VLOPs
- Transparenzberichte zur Umsetzung des DSA und Aktivitäten des Diensteanbieters sowie Werbearchive
- infolge der Risikoabschätzung sollen Risikominderungsmaßnahmen ergriffen werden
- beispielsweise durch Anpassung der AGB, Anpassung der Empfehlungssysteme, Anpassung der geschalteten Werbung und Verstärkung interner Prozesse des Diensteanbieters
- Desinformation wird in den Systemischen Risiken der VLOPs angesprochen, man erhofft sich Ursachenbekämpfung
- adressiert Desinformation darüber hinaus nur durch den Begriff des illegalen Inhalts, der lediglich einen Teil der Desinformationen abdecken kann und durch die Mitgliedstaaten selbst ausgefüllt wird

KI-Verordnung (Entwurf)

Art. 52 Abs. 3 UAbs. 1 KI-VO-E Transparenzpflicht:

*“Nutzer eines **KI-Systems, das Bild-, Ton- oder Videoinhalte erzeugt oder manipuliert**, die wirklichen Personen, Gegenständen, Orten oder anderen Einrichtungen oder Ereignissen merklich ähneln und einer Person **fälschlicherweise als echt oder wahrhaftig erscheinen würden** („Deepfake“), müssen **offenlegen**, dass die Inhalte künstlich erzeugt oder manipuliert wurden.“*

- hier ist die Intention der Täuschung kein Kriterium
- zudem sind nach KI-VO-E die Trainingsdaten einer KI offenzulegen

Inhalt



1. Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation
2. Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?
3. Wie reagieren wir bisher?
4. **Was sagt die Empirie?**
5. Wie können wir es besser machen?
6. Fazit

Desinformation: Häufig erkannt, selten gemeldet, meist ignoriert

- 80% erkennen Desinformationsinhalte, 20% haben sie schon einmal gemeldet (2023 forsa-Umfrage und Studie der LMA NRW)
- 40% halten Melden von Desinformation für eine **wirksame Maßnahme**
- die wiederholte, unerkannte Exposition gegenüber Desinformation ist empirisch ein wichtiger Faktor bei ihrer Wirkung (**Illusory Truth Effect**) (“einmal Fast Food ist nicht schlimm, immer Fast Food kann sich negativ auswirken”)
- **Faktorenvialfalt** bei der **Anfälligkeit** für Desinformationsinhalte: politische Einstellung, Nähe zu Verschwörungsdenken, Bildungsniveau, Geschlecht und Alter haben jeweils signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Richtigkeit einer fehlinformierenden Aussage zur COVID-19 Impfung sowie zum Krieg in der Ukraine (forsa-Studie)

Kommunikation wandelt sich in digitalen Zeiten: Desinformation ist ein Phänomen unter vielen

- Medienwandel, Mediatisierung, Datafizierung
- Durchsetzung technischer Kommunikationsmedien hat eine durch Medien geprägte Transformation zur Folge, in der die Automatisierung von Kommunikation eine zunehmende Bedeutung hat
- Wir sind in kommunikativen Figurationen verwoben mit je unterschiedlichen Relevanzrahmen, die handlungsleitend für die konstitutiven Praktiken der jeweiligen sozialen Domäne sind
- komplexe Medienensembles und sich wandelndes Informationsverhalten machen monokausale Erklärungen und monomediale Rezeptionswirkungsstudien sehr komplex

Berichte der Digitalunternehmen nach dem neuen Verhaltenskodex der EK



English

Search

Shaping Europe's digital future

[Home](#) | [Policies](#) | [Activities](#) | [News](#) | [Library](#) | [Funding](#) | [Calendar](#) | [Consultations](#)

[Home](#) > [News & Views](#) > Code of Practice on Disinformation: new reports available in the Transparency Centre

DIGIBYTE | Publication 26 September 2023

Code of Practice on Disinformation: new reports available in the Transparency Centre

All major online platform signatories of the Code of Practice on Disinformation (Google, Meta, Microsoft and TikTok) have delivered a second set of reports on the implementation of the Code of Practice.

This is the first reporting round covering a full, 6-month period.

Four new signatories of the Code (Alliance4Europe, Newtral, EFCSN and Seznam) have submitted their baseline report at the same time, in accordance with their commitments under the Code.

The reports can be accessed through the [Transparency Centre of the Code](#), established and maintained by the signatories of the Code.

Signatories who are major online platforms committed to report every six months on their actions taken under the Code, while other signatories report once per year.

The platforms' new reports

Related topics

[Media](#)

[Disinformation](#)

Was die Plattformen tun: Berichte nach dem Desinformationskodex (26.9.2023)

- **Google** berichtet, dass YouTube zwischen Januar und April 2023 **411 Kanäle und 10 Blogger-Blogs** geschlossen hat, die an koordinierten Beeinflussungsoperationen beteiligt waren, die mit der vom russischen Staat finanzierten Internet Research Agency (IRA) in Verbindung stehen.
- **Meta** berichtet, dass es seine Factchecking-Partnerschaften auf **26 Partner** erweitert hat, die 22 Sprachen in der EU abdecken, darunter jetzt auch Tschechisch und Slowakisch.
- **TikToks Faktenüberprüfung** deckt Russisch, Ukrainisch, Weißrussisch und 17 europäische Sprachen ab, unter anderem durch eine neue Partnerschaft mit **Reuters**. In diesem Zusammenhang wurden 832 Videos mit Bezug zum Krieg überprüft, von denen 211 als Folge der Überprüfung entfernt wurden
- **Microsoft** weist darauf hin, dass Bing Search bei 798 180 Suchanfragen im Zusammenhang mit der Krise entweder maßgebliche Informationen gefördert oder weniger maßgebliche Informationen **herabgestuft** hat.

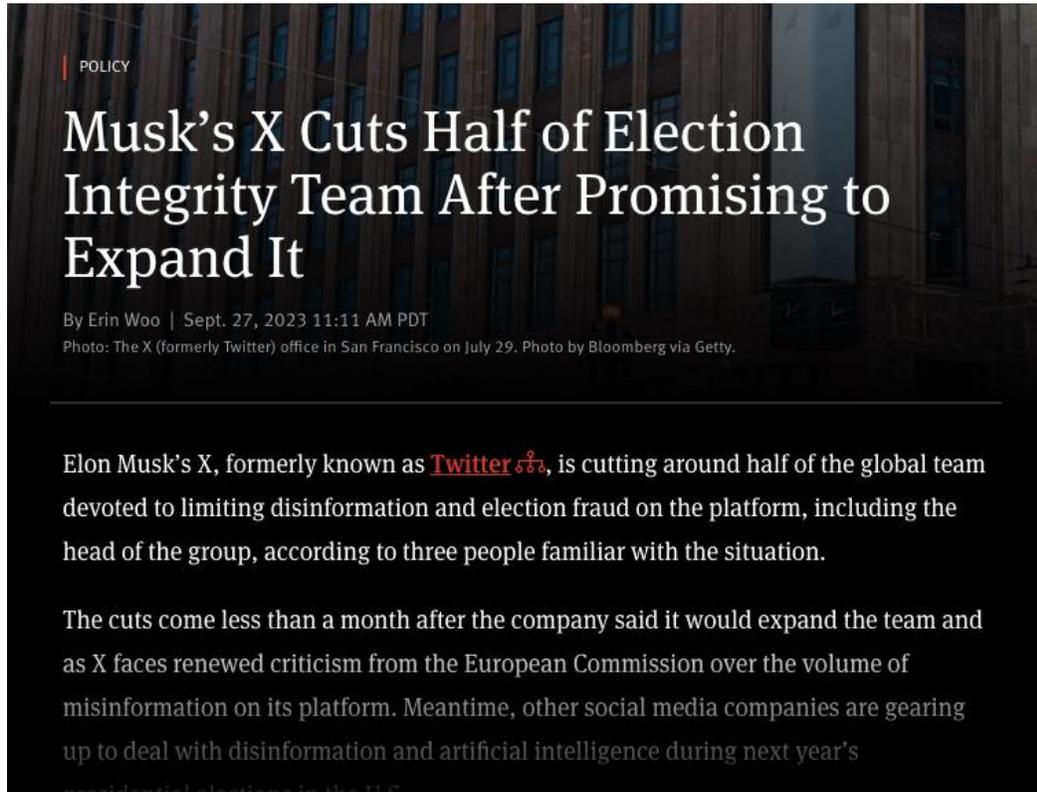
Was die Plattformen tun: Berichte nach dem Desinformationskodex (26.9.2023)

- Google gibt an, dass es in der ersten Hälfte des Jahres 2023 verhindert hat, dass Werbung im Wert von mehr als **31 Mio. EUR an Desinformationsakteure** in der EU floss.
- Außerdem hat Google in der EU 20 441 politische Anzeigen im Wert von fast 4,5 Mio. EUR geschaltet und **141 823 politische Anzeigen abgelehnt**, weil sie die Identitätsprüfung nicht bestanden haben.
- **Meta** berichtete, dass mehr als **40 Millionen Inhalte** auf **Facebook** und mehr als **1,1 Millionen** auf **Instagram** mit einem **Factchecking-Label** versehen wurden.

Was die Plattformen tun: Berichte nach dem Desinformationskodex (26.9.2023)

- **95 %** der Nutzer, die auf Inhalte mit einem Warnhinweis stoßen, dass die Informationen faktengeprüft wurden, **klicken nicht darauf**, und 37 % der Nutzer auf Facebook und 38 % auf Instagram, die vorhatten, faktengeprüfte Inhalte zu teilen, brechen ihre Teilungsaktion ab, wenn sie die **Warnung** erhalten.
- **TikTok** meldete, dass **29,93 %** der Nutzer das Teilen abbrechen, wenn sie auf der Plattform den Hinweis "ungeprüfte Inhalte" sehen. Außerdem wurden **140 635 Videos** mit mehr als 1 Milliarde Aufrufen von der Plattform entfernt, weil sie gegen die Richtlinie für Fehlinformationen verstoßen.
- **Microsoft** berichtet, dass mehr als **6,7 Millionen** gefälschte LinkedIn-Konten in der EU in der ersten Hälfte des Jahres 2023 an der Erstellung gehindert (Blockierung der Registrierung) oder eingeschränkt wurden.

Wie gehen wir mit unkooperativen Unternehmen um?



POLICY

Musk's X Cuts Half of Election Integrity Team After Promising to Expand It

By Erin Woo | Sept. 27, 2023 11:11 AM PDT
Photo: The X (formerly Twitter) office in San Francisco on July 29. Photo by Bloomberg via Getty.

Elon Musk's X, formerly known as **Twitter**, is cutting around half of the global team devoted to limiting disinformation and election fraud on the platform, including the head of the group, according to three people familiar with the situation.

The cuts come less than a month after the company said it would expand the team and as X faces renewed criticism from the European Commission over the volume of misinformation on its platform. Meantime, other social media companies are gearing up to deal with disinformation and artificial intelligence during next year's presidential elections in the U.S.

 **Transparency**

COVID-19 Misinformation

About this report

As the global community faces the COVID-19 pandemic together, Twitter is helping people find reliable information, connect with others, and follow what's happening in real time.

Effective November 23, 2022, Twitter is no longer enforcing the COVID-19 misleading information policy.

Wie gehen wir mit unkooperativen Unternehmen um?

Messenger

Gezielte Desinformation auf Telegram

24.02.23 – NEWS

Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gibt es auf Telegram viel Desinformation und Propaganda. Das zeigt ein aktueller Report von jugendschutz.net.

ISD | Institute
for Strategic
Dialogue

About

digital dispatches ISD's blog for the latest in data-driven research on hate, disinformation and ex

A false picture for many audiences: How Russian-language pro-Kremlin Telegram channels spread propaganda and disinformation about refugees from Ukraine

26 October 2022

Search here...



DISINFORMATION ON TELEGRAM: RESEARCH AND CONTENT
MODERATION POLICIES

EU DISINFO LAB

We gather. We source. We map.

EU-weites Verbreitungsverbot für russische TV-Sender und Plattformen

Verordnung seit 2.3.2022 in Kraft



Änderung ab 10.4.2023:

Mit dem 10. EU-Sanktionspaket gegen Russland wurden vier weitere Sender/ Plattformen der Sperrliste hinzugefügt. Der erforderliche Durchführungsrechtsakt wurde erlassen.

Daher sind diese Sender zum 10. April 2023 aus dem Programm bouquet zu entfernen bzw. haben Access-Provider ab dann den Zugang zu deren Websites zu sperren (Details dazu unten).

Um folgende Sender/ Plattformen handelt es sich:

- RT Arabic
- Sputnik Arabic

Im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen gegen Russland infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine, hat der EU-Rat am Mittag des 2. März 2022 im Amtsblatt der Europäischen Union eine Verordnung und einen entsprechenden Beschluss veröffentlicht, die restriktive Maßnahmen gegen russische Medien enthalten, die sich an Propagandaaktionen beteiligen. Der Beschluss und die [Verordnung \(EU\) 2022/350 des Rates zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014](#) **verbieten wegen des Vorwurfs der Kriegspropaganda EU-weit Betreibern, Inhalte der russischen Staatsmedien RT (in verschiedenen Sprachversionen) und Sputnik zu senden oder deren Sendung zu ermöglichen oder zu erleichtern.**

Es werden auch alle Rundfunklizenzen oder -genehmigungen, Übertragungs- und Verbreitungsvereinbarungen ausgesetzt. Konkret genannt sind im Anhang der Verordnung die Programme RT – Russia Today English, RT – Russia Today UK, RT – Russia Today Germany, RT – Russia Today France, RT – Russia Today Spanish und Sputnik. Die Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft und ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Daher empfehlen wir nun, mittels DNS-Sperren umgehend den Zugang zu diesen URL zu sperren, um der Sanktionsverordnung nachzukommen! Diese sind:

- actualidad.rt.com
- *.esrt.online
- *.esrt.press
- *.actualidad-rt.com
- de.rt.com
- deutsch.rt.com
- *.rtde.live
- *.rtde.site
- *.rtde.tech
- *.rtde.world
- *.rtde.me
- *.rtde.site
- *.rtde.xyz
- *.rtde.team
- fr.rt.com
- francais.rt.com
- radiospoutnik.ria.ru
- *.sputniknews.com
- www.rt.com
- *.swentr.site
- *.snanews.de
- *.rtr-planeta.com
- *.rtr-planeta.ru
- *.vesti.ru
- *.tvc.ru
- *.ntv.ru
- *.1tv.ru
- *.ren.tv
- *rtarabic.com (ab 10.4.2023)
- *sputnikarabic.ae (ab 10.4.2023)

Diese URL sind derzeit von der KommAustria als unzulässig eingestuft. Allerdings ist es grundsätzlich so, dass diese Liste nicht abschließend ist, weil es weder von der Europäischen Kommission eine solche Auflistung gibt noch die Behörden eingrenzen können, was darüber hinaus eventuell zu sperren ist. Diese für die Unternehmen indiskutable Situation versuchen wir abzumildern, indem wir weiter in engem Kontakt mit den beiden Regulierungsbehörde bleiben. Wir informieren über neue Entwicklungen zum Thema.

Stand: 05.04.2023

Image control: How China struggles for discourse power

Key takeaways

- **Europe and EU member states are of strategic importance to China's leadership, both as economic partners as well as a counterweight to the US.** But a host of issues burdens relations, and the perception of China in large parts of the EU has worsened.
- **China's leadership is strengthening and refining its efforts to manage public opinion abroad.** Its media activities and interactions with policymakers, business representatives, civil society and academia pursue the following mutually reinforcing objectives:
 - **Enhance and correct** China's image abroad to comply with official narratives, e.g., by using propaganda and disinformation, or flooding social media with seemingly apolitical content to dilute public discourse.
 - **Mobilize and amplify** support for its positions, e.g., by soliciting statements from foreign political and economic elites as well as mobilizing Chinese citizens and diaspora.
 - **Erase** undesired content from international debates **and deter** further action through threats, economic coercion and increasingly legislation with extraterritorial effect.
 - **Crop out and filter** critical voices and non-approved information from China by limiting access to the country, counterparts, government information and communication platforms.

Multimodale Ansätze an die globale Diskursbeeinflussung

Verbleiben Schutzlücken?

- Grenzen der rechtlichen Anknüpfung an Wahrheit/Unwahrheit
- Überprüfbarkeit von Aussagen nicht skalierbar
- Nur straf- und persönlichkeitsrechtlich relevante Äußerungen mit unmittelbarem Gefährdungspotenzial sind rechtlich fassbar
- Gemeldete Zahlen der Unternehmen schwer überprüfbar
- Staatliche Interventionen zum Schutz kommunikativer Chancengleichheit und -gerechtigkeit regelmäßig verwehrt
- Jedoch: Staat hat Aufgabe zur Aufrechterhaltung der Grundbedingungen der Kommunikationsverfassung

Inhalt



1. Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation
2. Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?
3. Wie reagieren wir bisher?
4. Was sagt die Empirie?
5. **Wie können wir es besser machen?**
6. Fazit

Was tun gegen Desinformation: (1) Plattformen

- Investition in automatisierte Erkennungssysteme (Anti-Desinformations-Algorithmen)
- Löschung/Sperrung von Desinfo-Inhalten durch Plattformen
- Downranking/Depriorisierung/Sharing-Untrebindung
- Kennzeichnung
- Einrichten von Meldemöglichkeiten (Flagging), inkl. “Trusted Flaggers” mit priorisiertem Zugang zu internen Depriorisierungssystemen
- Kooperation mit Fact-Checking-Anbietern
- Debunking (Aufklärungstexte nach Desinformationskonsum)
- Prebunking (präventive Aufklärungstexte)
- Nudging (Warnhinweise)
- Truth-Crowdsourcing (“Was halten Sie davon”-Voten)
- Plattformübergreifende Kooperationsausbau (Interoperabilität von Anti-Desinfo-Systemen)

Was tun gegen Desinformation: (2) Regierungen

- Förderung von fairen Rahmenbedingungen zur Erhaltung von klassischen Medienunternehmen
- Förderung des Qualitätsjournalismus
- Förderung von Medienkompetenz in allen Phasen der Bildungsbiographien
- Aufbau von Teams aus multidisziplinären unabhängigen Faktenprüferinnen und -prüfern
- Unterstützung der Desinformationsforschung
- europäischen Frühwarnsystems gegen Desinformation

Was tun gegen Desinformation: (3) Justiz

- Bei objektiv falsifizierbaren Inhalten und bestehenden gesetzlichen Verboten und Gefährdung eines Rechtsguts: Gerichtsförmige Einzelfallverfahren
- akzessorisch zu gesetzlichen Verboten oder aufgrund von AGBs: Überprüfung von Löschungs- bzw. Sperr- bzw. Depriorisierungsverfügungen im Einzelfall

Offene Fragen

- Wie können wir besondere Sorgfaltspflichten bei journalistisch-redaktioneller Gestaltung sicherstellen
- Können wir Accounts mit hoher Relevanz/Reichweiten besonderen Sorgfaltspflichten unterwerfen?
- Sollen Social Bots a) verboten b) über AGBs eliminiert werden können?
- Wie gehen wir mit Inhalten um, die von generativer KI erstellt wurden?

Inhalt



1. Lüge, Misinformation, Fake News, Desinformation
2. Welche Rechtsgüter sind in Gefahr?
3. Wie reagieren wir bisher?
4. Was sagt die Empirie?
5. Wie können wir es besser machen?
6. **Fazit**

Die kommunikative Konstruktion von Wahrheit ist ein gesellschaftlicher Prozess

- In Abwandlung des “Böckenförde-Diktums” (“Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann”): Digital mediatisierte, gesellschaftliche Willensbildungsprozesse leben von Voraussetzung, die weder Plattformen noch der Staat alleine garantieren können
- Der Staat kann durch Gesetze und die Justiz die Prozesse der gesellschaftlich-demokratischen Selbstverständigung nur begrenzt steuern.
- Neue Formen der hybriden Governance von Kommunikationsräumen unter staatlicher Konturierung, aber maßgeblicher Prägung durch private Akteure, die wiederum durch Transparenz- und Verfahrenspflichten überwacht werden, werden immer bedeutender.

Aber: Der Staat hat Garantenstellung für die öffentlicher Kommunikation

- Vom frühen Habermas (“Vor lauter öffentlicher/veröffentlichter Meinung hat die eigene Meinung keinen Platz”) zum späten Habermas (“Vor lauter Meinungen gibt es keine öffentliche Meinung mehr und alles diffundiert”): Herrschaftsfreien Diskurs gibt es nicht, aber die Bedingungen der Herrschaft müssen mit Blick auf die zu sichernden Werte konturiert werden.
- Der Staat wird in komplexen Gesellschaften nicht primär als Gefährder von Freiheit, sondern auch als deren Garant gesehen.
- Demokratien beruhen darauf, dass alle Bürger:innen sich kommunikativ entfalten können.
- Die Kommunikationsordnung muss gegen Gefahren von innen wie außen abgesichert sein; die Kommunikationsfreiheiten sind in einem System verschiedener Verbürgungen zu verorten - um eine freie und offene, individuelle und öffentliche Meinungsbildung sicherzustellen.

Die Sorge vor Desinformation ist sowohl überschießend als auch begründet

- Private Meinungsbildung ist viel komplexer als die Rede von der Gefährlichkeit der Desinformation suggeriert
- Aber: Gezielte Desinformation kann demokratische Willensbildung beeinflussen und erfordert verstärkte Aufmerksamkeit und Gegenmaßnahmen
- Effektive Gegenmaßnahmen erfordern
 - technische Maßnahmen der Plattformbetreiber,
 - politische Rahmung durch zusammenhaltstfördernde Politiken,
 - schneller Rechtsschutz bei Straftaten durch die Justiz
 - und mehr Handlungswissen durch interdisziplinäre Wissenschaft, die Zugriff auf Plattformdaten braucht (und bekommt, DSA).'

Nun also: Darf man Lügen verbieten?

- Nein. Und man soll es auch nicht.
- Aber man soll überwachen, wie politisch instrumentalisierte Lügen verbreitet werden und wirken und das gesellschaftliche Immunsystem aufbauen.

Nun also: Darf man Lügen verbieten?

- Nicht jede Lüge ist Desinformation
- Gegen ausreichend individualisierte Rechtsgüterverletzungen ist Rechtsschutz gegeben und kann gerichtlich durchgesetzt werden
- Gesellschaftliche Folgen von Desinformation hingen sind regelmäßig nicht mit den Mitteln des Rechts zu bekämpfen
- *Wir können* Lügen nicht verbieten
- Aber: Wir können eine resiliente Gesellschaft fördern, in der Lügen keinen fruchtbaren Boden finden
- Plattformen können effektiv die Verbreitung von Desinformationinhalten unterbinden
- Darüber müssen wir mehr wissen, weshalb die Transparenz- und Datenzugangspflichten wichtig sind

Wir sind verpflichtet, ein nachhaltiges kommunikatives Ökosystem zu erhalten

- Genau wie wir rechtlich verpflichtet sind, mit Blick auf die Schutzbedürftigkeit der Rechte und der Würde künftiger Generationen, gegen den Klimawandel zu kämpfen, sind wir - analog zum Klimaschutzurteil (BVerfG) - verpflichtet, sicherzustellen, dass wir auch der nächsten Generation ein funktionierendes kommunikatives Ökosystem hinterlassen.
- Setzen wir uns ein - nicht nur als Richter:innen und Wissenschaftler:innen, sondern als Staatsbürger:innen, Europäer:innen und Weltbürger:innen gegen den soziopolitischen Klimawandel mit aufgeheizter Debattenkultur, alimentiert durch Lügen und Desinformationen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Matthias C. Kettemann, LL.M. (Harvard)
matthias.kettemann@uibk.ac.at